

Lehre statt Gymnasium: Politik will Akademikerboom stoppen

Berufsbildung in beiden Basel Keine Mittelschulpropaganda in Behördenbroschüren oder geschlechtersensibler Mint-Unterricht: In Stadt und Land hagelt es Vorstösse zur Stärkung der Berufslehre.

Oliver Sterchi und
Benjamin Wirth

Mustafa Atici will die Berufsbildung ankurbeln. Das versprach der Basler Erziehungsdirektor schon im Wahlkampf, und auch danach sagte er Sätze wie: «Die Berufsbildung ist das Rückgrat des Bildungssystems.» Wirklich viel hat der Sozialdemokrat bis anhin allerdings nicht bewegt. Im vergangenen Sommer stellte er zwar einen Massnahmenplan vor, mit dem mehr junge Leute für eine Berufslehre begeistert werden sollen. Den ganz grossen Wurf liess er bislang jedoch vermissen.

Nun wird das Parlament aktiv. Grossräte von links bis rechts haben in den vergangenen Tagen insgesamt acht Vorstösse eingereicht, die der Debatte neuen Schwung verleihen dürfen. Sie alle zielen in dieselbe Richtung: Der Stellenwert der Berufslehre soll gestärkt, die Ausrichtung der Mittelschulen – insbesondere der Fachmittelschule (FMS) – hinterfragt werden.

Die Bildungsoffensive ist Teil einer koordinierten Aktion in Stadt und Land. Ähnlich lautende Vorstösse werden diese Woche auch im Baselbieter Landrat eingereicht. Lanciert wurde die Initiative von der Handelskammer beider Basel (HKBB). Sie hat die Themeninputs geliefert, die nun in beiden Kantonsparlamenten auf die politische Traktandenliste kommen.

Berufsbildung im Mint-Bereich stärken

Die Berufsbildung sei schon länger ein «Top-Thema» für die Handelskammer, sagt HKBB-Direktor Martin Dätwyler auf Nachfrage. Er verweist auf das «Themendossier Berufsbildung», das der Verband unlängst veröffentlichte. «Im Kern geht es darum, die Berufsbildung insbesondere im Mint-Bereich zu stärken und die Abschlussquoten auf der Sekundarstufe II zu verbessern», so Dätwyler. Mint ist der Oberbegriff für die naturwissenschaftlich-technischen Berufe, in denen der Fachkräftemangel besonders ausgeprägt ist. Die Abschlussquote auf Sek-II-

Niveau meint die Anzahl jener, die nach dem Ende der obligatorischen Schulzeit einen weiteren Abschluss vorweisen können, also entweder eine Berufsbildung oder ein Diplom von einem Gymnasium oder einer anderen Mittelschule.

Gerade in diesem Zusammenhang besteht Handlungsbedarf. Im Kanton Basel-Stadt ist diese Quote so tief wie sonst nirgends in der Schweiz. Zuletzt lag sie bei 84,5 Prozent, womit das Ziel von 95 Prozent deutlich verfehlt wurde. Das Baselbiet steht mit rund 90 Prozent zwar etwas besser da, aber auch da gibt es noch Luft nach oben.

Die Vorstösse diskutieren auf Basis dieser Datenlage verschiedene Ideen. Es wird unter ande-

«Bildungspolitik ist eben nicht parteigebunden.»

Martin Dätwyler
Direktor der Handelskammer beider Basel

rem die Einführung eines Monitorings gefordert, das verlässliche Zahlen zur Abbruchquote in Basler Mittelschulen liefert. Auch sollen junge Menschen, die das Gymnasium hinschmeissen, besser für die Alternative einer Berufsbildung sensibilisiert werden, statt wie heute einfach in eine andere Mittelschule (FMS oder WMS) zu wechseln.

Behörden sollen Berufslehre gleichwertig darstellen

Ein weiterer Vorstoss regt an, dass die Berufsbildung in den Infobroschüren des Kantons als gleichwertig mit dem akademischen Weg dargestellt wird. Dies sei aktuell nämlich nicht der Fall. Wiederum ein anderer Vorstoss – in der Stadt ausgerechnet eingereicht vom dezidierten Gender-Kritiker Beat K. Schaller (SVP) –



Gerade in den technisch-naturwissenschaftlichen Berufen sind junge Frauen untervertreten. Auch das will die Politik ändern. Foto: Moritz Hager

fordert, dass die Schulen mehr unternehmen sollen, um junge Frauen an die Mint-Fächer heranzuführen. Hier bestehe ein Gender-Gap zwischen Mädchen und Buben.

Und auch die FMS wird kritisch beäugt: Ein Vorstoss fordert, die Ausrichtung der Fachmaturität zu überdenken. Mit den heutigen Fachrichtungen von Pädagogik über Gesundheit

bis hin zu Lifesciences stehe sie teilweise in direkter Konkurrenz zur Berufsbildung.

Viele dieser Forderungen und Ideen sind im Prinzip altbekannt und werden medial bereits seit Jahren diskutiert, auch und gerade im Baselbieter Landrat: Marc Scherrer (Mitte), stellvertretender Direktor der Handelskammer Baselland, reichte zum Beispiel verschiedene Vorstösse

ein, in denen er die Frage aufwarf, inwiefern das duale Bildungssystem wegen weiterführender Schulen unter Druck komme.

Neu ist, dass sie nun in koordinierter Form in beiden Kantonen aufs politische Tapet kommen. Es ist durchaus bemerkenswert, dass es die Handelskammer als dezidiert im bürgerlich-liberalen Milieu verankerter Ver-

band geschafft hat, auch die politische Linke einzubinden. Die meisten Vorstösse wurden von Vertretern fast aller Fraktionen unterschrieben.

«Das ist dem Thema geschuldet. Bildungspolitik ist eben nicht parteigebunden», sagt Direktor Dätwyler dazu. Einen Zusammenhang mit Aticis bisheriger Amtsführung gebe es aus seiner Sicht ebenfalls nicht: «Wir arbeiten sehr gut zusammen mit den beiden Bildungsdirektionen. Es ist allerdings wichtig, dass das Thema nun die gebotene politische Verbindlichkeit erhält. Dazu sind diese Vorstösse gedacht.»

Kein Zusammenhang mit Ersatzwahl

Auch die zeitliche Koinzidenz mit dem zweiten Wahlgang der Regierungsratswahlen im Baselbiet sei Zufall, meint Dätwyler. Ganz entkoppeln lässt sich dies allerdings nicht, immerhin wird im Landkanton am Sonntag ein neuer Bildungsdirektor oder eine neue Bildungsdirektorin als Nachfolge von Monica Gschwind gewählt.

Auf Nachfrage der BaZ betonen beide Kandidaten – Sabine Bucher (GLP) und Markus Eigenmann (FDP) –, dass ihnen die Stärkung der Berufslehre ein wichtiges Anliegen sei, eines auch, das sie in der Exekutive prioritär behandeln würden.

Bucher sagt etwa: «Das duale Bildungssystem, das wir in der Schweiz haben, wird im Ausland bewundert. Besonders wegen der Durchlässigkeit.» Grundsätzlich sei es ihr ein Anliegen, dass die Kinder und Jugendlichen auf ihre jeweiligen Stärken fokussieren könnten. «Finden sie eine passende Lehre, sind sie motivierter, diese durchzuziehen und sich weiterzuentwickeln.»

Eigenmann sieht das ähnlich. Er sagt, dass die Bildungsoffensive in beiden Basel «sinnvoll» sei. Auch sei es richtig, dass die weiterführenden Schulen kritisch hinterfragt würden. «Viele Betriebe haben Mühe, ihre Lehrstellen zu besetzen – auch, weil viele den schulischen Weg einschlagen.» Da müsse man ansetzen. In der Stadt sowie auf dem Land will die Politik das nun tun.